



öffentlich

**Betreff:**

Soziale Vorgaben nach Auslaufen der Sanierungsgebiete sichern

**Einreicher:** Fraktionen SPD, CDU/ANW

Erstellungsdatum 18.03.2019

Eingang 922:

**Beratungsfolge:**

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.04.2019	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die sozialen Vorgaben der Sanierungssatzungen nach deren Auslaufen gesichert werden können. Es soll aufgezeigt werden, inwieweit das zum Beispiel durch Erhaltungs-, Milieuschutzsatzungen oder andere städtebauliche Instrumente möglich ist. Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2019 zu berichten.

gez. P. Heuer und M. Finken  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Mit den unterschiedlichen Sanierungssatzungen konnte die Entwicklung Potsdams maßgeblich vorangebracht werden. In vielen Gebieten werden die Sanierungsmaßnahmen in den kommenden Jahren abgeschlossen. Mit dem Auslaufen der Sanierungssatzungen entfallen auch die sozialen Vorgaben, die u.a. Mieterschutz und eine Preisdämpfung bewirken. Es ist wichtig, diese neben gestalterischen Vorgaben fortwirken zu lassen.